

charistie, um ihren Ausdruck in den Aktivitäten der Heiligsten Dreifaltigkeit in der Heilsökonomie, um die Beziehungen von Eucharistie einerseits zur Kirche und um das zentrale Verständnis der Eucharistie andererseits für das Verständnis der Gemeinschaft innerhalb der örtlichen Kirchen und der Gemeinschaft der Ortskirchen in der allgemeinen Kirche“.

Die intensiven Diskussionen in München trugen Früchte. Es gelang der Vollversammlung, die gesamte Vorlage der Koordinierungskommission durchzuarbeiten und zum Ende ihrer Beratungen ein Dokument zum Thema „Das Geheimnis der Kirche und der Eucharistie im Licht des Geheimnisses der Heiligsten Dreifaltigkeit“ zu verabschieden, das zunächst den Kirchen zugeleitet wurde. Es soll in Kürze veröffentlicht werden. Außerdem konnte man sich auf das *Thema für die nächste Etappe* der gemeinsamen Arbeit einigen. Man wird sich, in Fortsetzung des bisher Erarbeiteten, mit „Glaube, Sakrament und Einheit“ beschäftigen und dabei unter anderem mit Einzelfragen, die mit den Sakramenten Taufe, Firmung und Eucharistie sowie mit der Einheit der Kirche zusammenhängen. Bekanntlich bestehen hier Unterschiede zwischen West- und Ostkirche, in der die drei Initiations sakramente unmittelbar nacheinander gespendet werden.

Die Fortschritte, die in München in der theologischen Diskussion erzielt wurden und auch die offene und gute Atmosphäre, die nach Aussagen von Kommissionsmitgliedern bei den Beratungen herrschte, können allerdings nicht die *Schwierigkeiten* vergessen lassen, mit denen der katholisch-orthodoxe Dialog zu kämpfen hat. Sie blieben auch in München nicht verborgen. Zum einen geht es um die mit Rom unierte Ostkirchen, deren Beteiligung an der gemischten Kommission bei der ersten Vollversammlung in Rhodos zu orthodoxen Protesten Anlaß gab. Inzwischen hat die Weihe eines rumänisch-unierten Bischofs durch Johannes Paul II. zu Spannungen mit der rumänisch-orthodoxen Kirche geführt, die am theologischen Dialog beteiligt ist. Der Protest der ru-

mänischen Synode (vgl. HK, April 1982, 204) wurde in München nochmals vorgebracht.

Zum anderen bestehen in der Orthodoxie immer noch *grundsätzliche Bedenken* gegenüber dem theologischen Dialog mit der katholischen Kirche, vor allem in der Kirche von Griechenland. Der Vertreter der griechischen Kirche in der Kommission, Metropolit *Chrysostomos von Peristerion*, hatte in einem Memorandum (vgl. HK, Februar 1982, 100) zwar die Teilnahme am Dialog grundsätzlich befürwortet, gleichzeitig aber etliche kritische Anmerkungen gemacht. So konnte es nicht wundernehmen, daß der orthodoxe Präsident der Kommission, Metropolit *Stylios* von Australien, während einer orthodoxen Eucharistiefeier in München eindringlich für den theologischen Dialog warb, nicht zuletzt an die Adresse seiner Glaubensbrüder: Sie, die bekennen und glauben würden, daß sie die christliche Wahrheit unverfälscht bewahrten, seien mehr als andere Christen verpflichtet, den Dialog zu suchen: „Nur nachdem wir alle Gegebenheiten und das gesamte Zeugnis unseres christlichen Gewissens und unsere christliche Überlieferung auf den Tisch des theo-

logischen Dialogs gelegt haben, werden wir das Recht haben, zu urteilen, in welchem Maß unsere Gesprächspartner guten Willens sind und wie weit ihre Rechtgläubigkeit reicht.“

Der theologische Dialog zwischen orthodoxer und katholischer Kirche steht noch *am Anfang*. Konnte man es nach den mühevollen Vorbereitungen schon als einen Erfolg ansehen, daß er überhaupt zustande kam, so ist mit der zweiten Vollversammlung in München sowohl inhaltlich wie atmosphärisch offenbar ein gewisser *Durchbruch* zu verzeichnen, ohne daß damit die Schwierigkeiten schon vom Tisch wären. Schließlich stehen die spannungsreichsten Kontroversfragen wie Primat und Unfehlbarkeit zur Behandlung erst an. Auch die Probleme mit den unterschiedlichen theologischen Sprach- und Denkstilen dürften der Kommission weiterhin zu schaffen machen. Gerade weil der katholisch-orthodoxe Dialog mit so *hohen Erwartungen* befrachtet ist – er soll schließlich entscheidend zur Überwindung der Hindernisse beitragen, die der vollen kirchlichen Gemeinschaft noch im Wege stehen –, dürfte er es in mancher Hinsicht besonders schwer haben.

U. R.

Kirche in Österreich: Bericht in Moll

Anläßlich des Ad-limina-Besuches der österreichischen Bischöfe im Vatikan, der Anfang Juli erfolgte, wurde der zweite *Fünfjahresbericht der Kirche in Österreich* vorgelegt. Der erste derartige Bericht erschien auf Empfehlung des Österreichischen Synodalen Vorganges für den Zeitraum 1972–1976 (vgl. HK November 1977, 541 ff.). Dieser Bericht wurde von den österreichischen Bischöfen bei ihrem Ad-limina-Besuch 1977 in Rom vorgelegt und 1979 unter dem Titel „Kirche in Österreich“ in Buchform herausgegeben.

Mit der Erstellung des zweiten Fünfjahresberichtes über die Zeit von 1977 bis 1981 beauftragte die österreichische Bischofskonferenz das Österreichische Pastoralinstitut in Wien. Für jedes Kapitel des Berichtes wurde ein

Fachmann gebeten, allein oder mit einer Arbeitsgruppe über das Wirken der Kirche in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich zu referieren. Als Verantwortliche des Gesamtberichtes wurden Hugo Bogensberger, Helmut Erharter, Alfred Kostelecky, Christoph Mayerhofer, Walter Schaffelhofer, Heinrich Schneider und Josef Wiener nominiert.

Zu Beginn des nunmehr vorgelegten Fünfjahresberichtes wird die *gesellschaftliche Wirksamkeit* der Kirche in Österreich untersucht. Es wird festgestellt, daß das politische System in Österreich während der fünf Berichtsjahre geringeren Anfechtungen ausgesetzt war als in manchen anderen Ländern Europas. Seit den späten siebziger Jahren habe die Bereitschaft der Regierung, gesetzgeberische Maßnah-

men durch einen Konsens der Sozialpartner abzustützen, jedoch nachgelassen: „Immer öfter werden die Konzepte der Regierungspartei auch gegen widerstrebende Kräfte durchgesetzt, wenn ein Konsens unerreichbar oder als politisch zu kostspielig erscheint.“ Weiter heißt es, daß die Wertschätzung von Parteien und Politikern abzunehmen scheint. Machtkartelle und ihre Funktionäre würden von mancher Seite als „erpißt auf Privilegien“ und „korruptionsanfällig“ bezeichnet. So wachse allenthalben die Unzufriedenheit. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte das österreichische System der Konfliktregelung künftig stärkeren Herausforderungen aussetzen.

Die *Haltung der Kirche* gegenüber dem politischen System in Österreich wird im wesentlichen als *unverändert* beschrieben. Der Bericht erinnert nochmals an die herbe Enttäuschung bei Katholiken, als die parlamentarische Mehrheit die Forderung nach einer Revision der Fristenregelung, die durch ein Volksbegehren erhoben worden war, zurückwies. Trotzdem habe die Kirche ihre Bereitschaft, mit allen Kräften guten Willens zusammenzuarbeiten, aufrechterhalten. Als Beispiel dafür wird das Kontaktkomitee der Katholischen Aktion Österreichs genannt, das mit Zustimmung der Bischofskonferenz mit Spitzenvertretern aller drei im Nationalrat vertretenen Parteien wiederholt konferierte.

Zu den *Beziehungen zwischen Kirche und den politischen Parteien* wird auf die signifikant engere Bindung von Führungskadern und Sympathisanten der Volkspartei an Christentum und Kirche hingewiesen. Gleichzeitig wird aber auch festgestellt, daß sich die SPÖ stark um Katholiken als Wähler und als potentielle Parteimitglieder bemühe: „Vor allem auf der Führungsebene der SPÖ war man bemüht, die herkömmlichen Distanzen abzubauen.“ Umgekehrt hätten ÖVP-Politiker das Bestreben der Kirche, sich nicht mehr einem der parteipolitischen Lager zuordnen zu lassen, als „ungerechtfertigte Distanzierung von einer christlich orientierten Partei“ empfunden. So werden Andeutungen ver-

zeichnet, wonach die Kirche um der Erhaltung ihrer Einflußposition willen, zur Sicherstellung finanzieller Subsidien seitens des Staates oder auch aus Mangel an Mut zur Konfrontation mit der Regierung bzw. mit dem sozialistischen Lager zu konziliant gewesen sei. Auf beiden Seiten, so der Bericht, sei nicht immer die Mahnung des Zweiten Vatikanischen Konzils berücksichtigt worden, daß niemand die Autorität der Kirche für seine politische Position in Anspruch nehmen sollte. In den Augen staatlicher Instanzen werde die Kirche manchmal ungeachtet ihres Sonderstatus wie eine große Interessengruppe behandelt.

Als *Forderung für die Zukunft* ergibt sich, die Kirche solle vor allem die ethischen Dimensionen des politischen Handelns stärker ins Bewußtsein heben und die Menschen dafür sensibilisieren. Dabei werde sie auch strukturelle und inhaltliche Probleme der Politik zum Gegenstand ihrer Sorge machen müssen, ohne einer unangemessenen „Politisierung“ anheimzufallen.

In einem eigenen Kapitel beschäftigt sich der Bericht mit der *Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen*, die zahlreiche junge Österreicher in Anspruch nehmen. In diesem Themenkreis werden weitere Herausforderungen an die Kirche erwartet, kritisch wird ein oft „fundamentalistisches“ Schriftverständnis und ein Prinzipienrigorismus verzeichnet.

Zur Frage der Entwicklungsförderung wird angeführt, daß die österreichischen Katholiken von 1977 bis 1981 über eine Milliarde Schilling für die Dritte Welt aufgebracht hätten. Etwa 200 österreichische Entwicklungshelfer stünden jährlich im Einsatz. Aber: „Auch diese Leistungen sind noch lange nicht in die Kategorie echten Teilens einzuordnen.“

Ausführlich geht der Fünfjahresbericht auf die „eigentümliche Ordnung“ der österreichischen *Wirtschaft* ein, die weder als liberale Marktwirtschaft noch als sozialistische Planwirtschaft bezeichnet werden könne. Es wird vermerkt, daß das österreichische System der Sozialpartner von vielen „als durchaus mit der katholischen Sozial-

lehre im Einklang befindlich“ angesehen wird. Einzelne kirchliche Einrichtungen, wie die Katholische Sozialakademie oder die Katholische Arbeiterjugend, hätten allerdings Argumente der antikapitalistisch-christlichen Linksbewegungen in Lateinamerika auch auf österreichische Verhältnisse anzuwenden gesucht.

Zur *Lage der Arbeiterschaft* in Österreich wird festgestellt, daß eine zunehmende Kluft zwischen den Arbeitnehmern und ihren Organisationen deutlich spürbar werde. Kritik in dieser Richtung, die zwar nur von kleinen Gruppen in den Parteien, in der Gewerkschaft und in kirchlichen Organisationen geäußert werde, treffe ein „sehr berechtigtes Unbehagen in der Arbeiterschaft“. Im Verhältnis zwischen Kirche und Arbeiterschaft wird eine gewisse Entkrampfung verzeichnet, die durch Kontakte zwischen Kirchen und Gewerkschaftsführung deutlich werde. Allerdings werde die Wirksamkeit der Kirche in der Arbeiterschaft nach wie vor durch eine Reihe von Problemen beeinträchtigt: „Sie beginnen bereits bei der Sprache; die kirchliche Redeweise ist von Gebildeten geprägt; die Mentalität der kirchenträgenden Gruppen ist von der Vorstellungswelt des Bürgertums bzw. der neuen Mittelschichten geprägt. So muß das Bemühen um eine verstärkte Wirksamkeit der Kirche bei den Arbeitern zunächst darauf ausgehen, das Lebenswissen, die Anliegen und Probleme der Arbeiterwelt wahrzunehmen.“

Zur Situation der Wissenschaft und der Hochschulen wird das Verlangen registriert, die Theologie solle es als ihre besondere Aufgabe ansehen, die Auseinandersetzungen mit anderen Wissenschaften zu suchen, sich deren Anfragen zu stellen und selbst die anderen Wissenschaften zu befragen. Andererseits werden verstärkte Bemühungen der Kirche um die Studenten als notwendig erachtet, damit nicht aus ihnen und in der Folge aus den Akademikern „eine Gesellschaftsschicht wird, in der die Kirche kaum mehr präsent ist. Dabei muß leider festgestellt werden, daß die unzureichenden seelsorglichen Bemühungen

um die Mittelschüler die Hochschul-seelsorge sehr erschweren.“

In einem ausführlichen Kapitel beschreibt der Bericht die Entwicklung der österreichischen Schulpolitik und geht auf den Bereich der Kultur ein. Als besonders groß wird die Distanz zwischen Kirche und moderner Literatur empfunden. Andererseits wird positiv vermerkt, daß sich gerade in den letzten Werken von Thomas Bernhard und Peter Handke eindrucksvolle Beschreibungen elementarer menschlicher Grenzsituationen sowie metaphysische und religiöse Aussagen finden. Den theologischen Fakultäten wird empfohlen, in ihren Lehrplänen viel stärker als bisher zu einer Auseinandersetzung mit alter und neuer Kunst, mit zeitgenössischer Literatur, mit Film und Theater hinzuzuführen. Was die Presse betrifft, so wird die personelle Basis des katholischen Journalismus als „immer schmaler“ beschrieben: „Es gibt vor allem wenig jüngere, engagierte Katholiken in der neutralen Presse.“

Eigene Kapitel des Fünfjahresberichtes befassen sich mit Volksgesundheit und Medizin, mit der Umweltproblematik sowie mit dem Fremdenverkehr, der in Österreich besondere Bedeutung hat. Hinsichtlich der Situation der Familie wird die weitere Abnahme der Zahl kirchlicher Eheschließungen berichtet. Die Ursache dafür liege u. a. darin, daß bei etwa 20 Prozent aller

eheschließenden Brautpaare zumindest ein Partner geschieden und damit von der kirchlichen Trauung ausgeschlossen sei. Ein kleiner, aber zunehmender Prozentsatz junger Paare lebe auch ohne standesamtliche Trauung in einem eheähnlichen Verhältnis zusammen. Positiv wird vermerkt, daß der Geburtenrückgang gestoppt werden konnte. Der Trend zur Einkind- und Zweikinder-Familie hält aber an. Und: „Die Empfängnisregelung wird allgemein praktiziert.“

Zur pastoralen Lage der Frau in Österreich wird ausgeführt, daß noch immer mehr Frauen als Männer in den Gottesdiensten und in kirchlichen Organisationen zu finden seien. In den Leitungsgremien der Kirche seien jedoch die Frauen viel zu gering vertreten. Zum Verhältnis zwischen Jugend und Kirche wird eine 1980 durchgeführte Jugendstudie zitiert, wonach fast jeder dritte Jugendliche jeden Sonntag in die Kirche geht, ebenso viele gehen aber nie oder fast nie, sie beten auch nicht oder kaum. Anders als im letzten Berichtszeitraum vermerkt dieser Fünfjahresbericht kaum spektakuläre Konflikte zwischen kirchlichen Jugendfunktionären und dem kirchlichen Amt: „Leider kann dies nicht als gelungener Brückenschlag interpretiert werden. Trotz beiderseitigen Willens ist es nicht gelungen, die tieferliegenden Gegensätze aufzuarbeiten.“

F. C.

Eucharistie, das durch den Priestermangel nicht mehr gewährleistet ist; Kritik an der Kirche, die das traditionelle Priesterbild einschließlich des Pflichtzölibats um jeden Preis aufrechterhalten will; die historische Rückfrage nach der Entwicklung des Amtes in den neutestamentlichen Gemeinden, die kein einheitlich-normatives Bild ergibt.

Daß gerade Schillebeeckx' Überlegungen auch über die Niederlande hinaus viel Beachtung gefunden haben, hat wohl nicht nur mit der theologischen Prominenz des Autors zu tun, sondern auch damit, daß er historische, systematisch-hermeneutische und praktisch-pastorale Gesichtspunkte verbindet und dabei einige deutliche, fast plakative Akzente setzt. Das gilt zunächst für seine Grundthese zum Verhältnis von verbindlicher Grundstruktur und geschichtlich variabler Ausgestaltung des Amtes in der Kirche: Das für die Gemeinde grundsätzlich unverzichtbare Amt begegnet immer nur in geschichtlichen, vom kulturell-gesellschaftlichen Kontext geprägten Gestalten, von denen keine verabsolutiert werden darf; entscheidend ist letztlich nicht Amtsstruktur, sondern die Apostolizität der Gemeinde.

Der zweite wichtige Punkt: Gegenwärtig sieht Schillebeeckx *alternative Amts- und Gemeindestrukturen* wachsen, die zur geltenden Kirchenordnung in Spannung stehen, die aber in gewisser Hinsicht eine deutliche Verwandtschaft mit der biblischen und patristischen Auffassung vom Amt zeigen. Grundsätzlich ist seiner Ansicht nach eine alternative Praxis christlicher Gemeinden, sofern sich diese an Jesus als dem Christus orientieren, „dogmatisch und apostolisch möglich“. Solche Praxis habe einen diagnostischen, ideologiekritischen und dynamisierenden Effekt.

Schillebeeckx geht nirgends konkret auf die Verhältnisse in der niederländischen Kirche ein, sondern spricht allgemein von „allenthalben sich bildenden, neuen, alternativen und von der geltenden Kirchenordnung oft abweichenden Formen von Amtsausübung“, ohne genauer zu explizieren, was für ihn unter diesen Oberbegriff

Amtsdiskussion: Schillebeeckx und die Folgen

Am 27. Juni wurde ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Utrecht und Vorsitzenden der Niederländischen Bischofskonferenz, Kardinal *Jan Willebrands*, veröffentlicht, der den Titel trägt: „Diener in der Gemeinde Gottes. Das Priesteramt in der katholischen Kirche“. Als Anlaß für diesen Brief, der von der gesamten Bischofskonferenz beraten und gutgeheißen wurde, nennt der Kardinal bestimmte Veröffentlichungen über das kirchliche Amt, besonders solche aus der Feder des bekanntesten niederländischen Theologen *Edward Schillebeeckx*.

Gemeint ist dabei Schillebeeckx' umstrittenes Buch „Kerkelijk ambt. Voorgangers in de gemeente van Jezus Christus“, das 1980 in erster und zweiter Auflage erschien und inzwischen in mehrere europäische Sprachen übersetzt wurde (die deutsche Übersetzung erschien 1981 mit dem Titel „Das kirchliche Amt“ im Patmos-Verlag). Vieles von dem, was sich in dem kleinen Buch findet, ist aus zahlreichen anderen Beiträgen zur Diskussion um das Amt in der Kirche geläufig: Der Ansatz beim *Recht der Gemeinden auf einen Amtsträger* und auf die Feier der